

Appell an die Europäische Kommission und die EU: Sofortiger Beitrittskandidaten-Status für Bosnien und Herzegowina – Ende der Zusammenarbeit mit den Zerstörern Bosniens

Sehr geehrte Damen und Herren,

Bosnien und Herzegowina steht in den kommenden Wochen vor einem entscheidenden Wendepunkt: Wird die EU endlich entschieden durchgreifen und diejenigen Politiker in Bosnien und Herzegowina, die das Funktionieren des Staates blockieren und jede Entwicklung hemmen? Oder wird sie zulassen, dass der Staat weiter untergraben wird, vielleicht sogar ein neuer Krieg ausbricht?

Vor einigen Tagen, am 7. Juni, musste Christian Schmidt, der Hohe Repräsentant der internationalen Gemeinschaft in Bosnien und Herzegowina, seine Sondervollmachten nutzen, um die Abhaltung der für Anfang Oktober 2022 geplanten Parlaments- und Präsidentschaftswahlen zu ermöglichen. Die kroatischen Vertreter in der Regierung hatten die Finanzierung der Wahlen blockiert, um so ihre eigenen Forderungen zu erzwingen. Diese Episode zeigt deutlich, dass sich das Land nicht ohne Unterstützung von außen aus seiner Krise befreien kann. Zugleich droht Gefahr aus Russland und von russischen Interessen geleiteten Politikern aus der bosnischen Nachbarschaft.

Wir appellieren daher an die Europäische Kommission und die EU, Bosnien und Herzegowina in seinem Streben nach Demokratie und Selbstbestimmung zu unterstützen. Dafür ist zum einen eine realistische Perspektive für einen EU-Beitritt notwendig. Zum anderen muss die EU jegliche Zusammenarbeit mit denjenigen Kräften beenden, die den Staat zersetzen und an einem EU-Beitritt hindern wollen. Besonders vor dem Hintergrund des aggressiven russischen Verhaltens läge das im zentralen Interesse Europas.

Das kriegsgeschundene Land Bosnien und Herzegowina 27 Jahre nach dem Krieg in einer dauerhaften Warteschleife zu halten, ist keine Option. Die deutschen EU-Parlamentarier David McAllister (CDU) und Manfred Weber (CSU, Fraktionsvorsitzender der EVP im EU-Parlament) hofieren schon lange den Vertreter der nationalistisch kroatischen Partei Dragan Covic (HDZ). Sie tolerieren den serbischen Nationalisten Milorad Dodik in Bosnien. Zugleich lassen sie sich von kroatischen Abgeordneten im EU-Parlament, dem ultranationalistischen Staatspräsidenten Kroatiens Zoran Milanović und seinem Ministerpräsidenten Andrej Plenković beeinflussen. Diese streben gemeinsam mit dem serbischen Präsidenten Aleksandar Vučić eine ethnische Teilung Bosniens und Herzegowinas an. Diese Unterstützung gefährlicher Extremisten durch Akteure und Institutionen der EU muss enden. Sie können keine strategischen Partner für Demokratien sein und untergraben das Europäische Projekt.

Höchste Amtsinhaber in Bosnien und Herzegowina stehen unter Sanktionen, weil sie den Staat destabilisieren: Milorad Dodik, Vorsitzender im Präsidium, wird bereits seit Jahren von den USA sanktioniert, im Januar wurden die Maßnahmen verschärft. Im April kamen Sanktionen Großbritanniens hinzu. Diese treffen auch die Präsidentin der Entität Republika Srpska, Željka Cvijanović. Großbritanniens begründet die Sanktionen mit der Destabilisierung des Staates, öffentlicher Unterstützung von Kriegsverbrechern und der Leugnung des Genozids in Srebrenica. Seit Anfang Juni 2022 steht auch der Präsident der Föderation von BiH, Marinko Čavara von der Partei HDZ unter Sanktionen der USA, wegen Bedrohung der Stabilität des Landes und Untergrabung demokratischer Prozesse. Čavara, ein enger Vertrauter von HDZ-Chef Dragan Čović, gehört zu jenen kroatischen Politikern, die die Wahlen im Oktober verhindern wollten.

Besonders groß ist jedoch die Gefahr, die von Russland ausgeht und die Stabilität Bosniens und Herzegowinas bedroht. Milorad Dodik hat vielfältige Kontakte mit dem russischen Regime aufgebaut und weigert sich vehement, westliche Sanktionen zu unterstützen. Er lehnt alle gesamtstaatlichen Institutionen Bosniens und Herzegowinas ab und erkennt Christian Schmidt bis heute nicht als Hohen Repräsentanten an. Derzeit trifft er sich demonstrativ in Sankt Petersburg mit Präsident Wladimir Putin am Rande des dortigen Wirtschaftsforums.

Im November 2022 entscheidet der UN-Sicherheitsrat über die Verlängerung des EUFOR-Mandats in Bosnien und Herzegowina. Russland wird dem vermutlich nicht zustimmen, was den fragilen Frieden im Lande zusätzlich gefährden wird. Eine weitere Eskalation auf dem Westbalkan erscheint vor diesem Hintergrund wahrscheinlich. Denn Russland könnte nach seinen Misserfolgen in der Ukraine versuchen, eine neue Front in Europa zu eröffnen. Dazu eignet sich Bosnien und Herzegowina gerade wegen Putins Bewunderer Milorad Dodik am besten. Die russischen Verbrechen in der Ukraine würden sich dort vermutlich wiederholen.

Es war enttäuschend, dass der deutsche Bundeskanzler Olaf Scholz bei seinem Westbalkan-Besuch Bosnien und Herzegowina ausgelassen und stattdessen nur Serbien, Kosovo, Griechenland, Mazedonien und Bulgarien besucht hat. Mit einem Sarajevo-Besuch hätte Scholz signalisieren können, dass Bosnien und Herzegowina für Deutschland tatsächlich so wichtig ist, wie in der letzten Zeit beteuert wird. Ein deutliches Bekenntnis zur Einheit des bosnischen Staates, eine EU- und NATO-Perspektive wären hilfreich gewesen. Stattdessen hat Scholz bei seinem ersten Stopp in Belgrad deutlich gemacht, dass die Westbalkan-Politik nur dort entschieden wird. Den Nationalisten in Bosnien und Herzegowina und ihren secessionistischen Bemühungen hat das unnötig Auftrieb gegeben. Die Europäische Union sollte diese Fehler nicht wiederholen: Sie muss sich unmissverständlich gegen Geschichtsklitterung und kroatische wie serbische Einflussnahme in Bosnien und Herzegowina stellen.

Serbiens Präsident, Aleksandar Vučić, unterstützt Milorad Dodik und Dragan Čović. Seiner Regierung leugnet die in Bosnien und Herzegowina begangenen Verbrechen und gewährt verurteilten Tätern Zuflucht. Auch der kroatische Präsident Zoran Milanović treibt mit seiner Unterstützung kroatischer Nationalisten die Destabilisierung Bosniens und Herzegowinas voran. Die EU muss hier klar und deutlich Stellung beziehen. Milorad Dodik, Dragan Čović und die weiteren Protagonisten der Destabilisierung, dürfen keinen weiteren Freiraum für ihre Aktivitäten bekommen. Die EU und ihre Mitgliedsstaaten sollten sich den Sanktionen der USA und Großbritanniens anschließen und konstruktive politische Vertreter in Bosnien und Herzegowina fördern.

Slobodan Milošević und Franjo Tuđman hatten sich während des Krieges gegen Bosnien verbündet, um es unter sich aufzuteilen. Jetzt verfolgen die serbische und kroatische Führung dieses Ziel erneut – mit tatkräftiger Unterstützung aus dem Kreml. Der einzige Weg, den Staat Bosnien und Herzegowina zu erhalten und einen neuen Krieg zu verhindern, wäre ein beschleunigter EU- und NATO-Beitritt des Staates. Wir fordern daher umgehend den Kandidatenstatus für Bosnien und Herzegowina. Dies haben im Frühjahr 2022 auch die beiden ehemaligen Hohen Repräsentanten für Bosnien und Herzegowina, Christian Schwarz-Schilling und Valentin Inzko, gefordert. Nur so wird es möglich sein, einen neuen Krieg zu vermeiden und die derzeitige Ostgrenze der EU dauerhaft zu stabilisieren.

Bitte halten Sie uns über Ihre Bemühungen und Ihren Fortschritt in diesen wichtigen Angelegenheiten auf dem Laufenden. Das letzte, was Europa braucht, ist ein wieder aufflammender Konflikt an seinen Grenzen, der eine Erweiterung der russischen Einflussphäre nach Westen ermöglicht.

Mit freundlichen Grüßen

Roman Kühn

Direktor

Jasna Causevic

Referat für Genozidprävention & R2P

Belma Zulčić

Direktorin der GfbV, Sarajevo